

## Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

wir verabschieden uns in die Sommerpause – und auch unsere zweite Legislaturperiode im Bayerischen Landtag neigt sich allmählich dem Ende zu. Es ist Zeit, auf unsere größten Erfolge der vergangenen fünf Jahre zurückzublicken. Mit uns FREIEN WÄHLERN kam die Chancengleichheit zurück an die Universitäten. Durch die **Abschaffung der Studiengebühren** ermöglichten wir wieder barrierefreien Zugang zu Bildung und Wissen. Auch setzten wir uns erfolgreich für eine **Rückkehr des neunjährigen Gymnasiums** ein. Es war ein zähes Ringen, aber unsere Hartnäckigkeit hat sich schlussendlich ausgezahlt: Fünf Jahre nachdem die FREIE WÄHLER Landtagfraktion erstmals einen entsprechenden Antrag eingebracht hatte, kehrte **Bayern zum G9**



*Florian Streibl, MdL  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer*

**zurück.** Zuletzt haben wir mit der **Abschaffung der „Strabs“** einen großen Erfolg eingefahren. Sie ist nicht nur ein Wort-Ungetüm, sondern auch in ihrer Wirkung gewaltig: die Straßenausbaubeitragssatzung. Seit mehr als 40 Jahren findet sie im Kommunalrecht Anwendung – mit zum Teil verheerenden Folgen für die Betroffenen. Denn schnell gehen Forderungen für den Neubau einer kommunalen Straße in den fünfstelligen Bereich; selbst Summen von 100.000 Euro sind keine Seltenheit. Für junge Familien oder Senioren sind solche Bescheide existenzbedrohend. Glücklicherweise ist die „Strabs“ jetzt endlich vom Tisch.

Wir FREIEN WÄHLER ruhen uns auf diesen Lorbeeren jedoch nicht aus, denn es gibt nach wie vor viel zu tun in der bayerischen Landespolitik: Wir

kämpfen weiter für das **Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern**. Auch in dieser letzten Plenarwoche vor der Sommerpause haben wir der Bayerischen Staatsregierung unablässig ihre Versäumnisse und Fehlentscheidungen vorgehalten. Bayern soll noch besser, gerechter und noch lebenswerter für seine Bürgerinnen und Bürger werden.

## R ü c k b l i c k

Der Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks und der Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien sollen unsere pluralistische Gesellschaft widerspiegeln. Da sich diese in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erheblich verändert hat, fordern wir FREIE WÄHLER eine Anpassung der Zusammensetzungen beider Gremien. Konkret geht es dabei um die **Bürgerallianz Bayern** – einem Zusammenschluss von 24 Verbänden bürgerschaftlich engagierter Menschen im Freistaat. Mit einem Dringlichkeitsantrag forderten wir vergangene Woche für diese Organisation jeweils einen Sitz im Rundfunk- und im Medienrat. Die Bürgerallianz Bayern bildet durch ihre zahlreichen Mitgliedsverbände ein sehr breites Spektrum an gesellschaftlichen Interessensfeldern ab. **Wir FREIE WÄHLER möchten die Bedeutung der Bürgerallianz mit ihren 2,2 Millionen engagierten Mitgliedern im Freistaat würdigen.** Bürgerschaftliches Engagement braucht eine noch stärkere Stimme. Die Bürgerallianz ist Ausdruck der bayerischen Heimat, Zeichen eines lebendigen, vom Ehrenamt getragenen Vereinslebens und steht dabei für eine bayerische Gesellschaft des Fortschritts. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es angebracht, der Bürgerallianz Bayern künftig in den Gremien von BR und BLM jeweils einen Sitz einzuräumen. Ziel muss es sein, die Gremien darauf auszurichten, dass in ihnen Personen mit möglichst vielfältigen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen Bereichen des Gemeinwesens vertreten sind. Insbesondere die Bürgerallianz wäre aufgrund ihrer Vielzahl von Mitgliedsverbänden hervorragend dazu geeignet, unsere bayerische Gesellschaft und Kultur, die wesentlich vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger getragen wird, in ihrer gesamten Vielfalt und Eigenheit abzubilden. CSU/SPD und Grüne lehnten unseren Dringlichkeitsantrag leider ab.

Bis 2035 werden über 3,5 Millionen Menschen im Freistaat über 65 Jahre alt sein – das ist fast ein Drittel der bayerischen Bevölkerung, Tendenz steigend. Doch gerade auf der kommunalen Ebene gibt es nur wenige politische Mitwirkungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren. Das wollen wir FREIE WÄHLER mit unserem Seniorenmitgestaltungsgesetz ändern. **Wegen des demographischen Wandels ist es wichtiger denn je, verlässliche und niedrigschwellige Teilhabechancen für ältere Menschen zu schaffen.** Deshalb wollen wir, dass unsere Seniorinnen und Senioren explizit in der Bayerischen Verfassung erwähnt werden. Nur so wird ihnen der Stellenwert zuteil, der ihnen zusteht. Doch unser Gesetzentwurf wurde von den übrigen Landtagsfraktionen abgelehnt: Damit verkennen CSU, SPD und Grüne die großen Chancen, die mit der kommunalen Seniorenpolitik einhergehen. Es ist höchste Zeit, dass unsere Senioren endlich in allen Gemeinden gehört werden.

Wir FREIE WÄHLER sprechen uns gegen eine **Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** aus, weil diese in ihrem Dienst auch Situationen ausgesetzt sind, in denen sie aus Sicht der Betroffenen ungerechtfertigt handeln. Die Zurschaustellung ihrer Identität könnte dazu missbraucht werden, nicht gerechtfertigte Verfahren einleiten zu lassen oder die Beamten und ihre Familien in ihrer Lebensgestaltung zu beeinträchtigen. Gleichzeitig ist die Ermittlung des Verursachers von polizeilichem Fehlverhalten bereits gewährleistet. In Bayern ist dies durch Dienstpläne und die regelmäßige Videoaufzeichnung von Großeinsätzen praktisch immer möglich.

Wir wollen, dass Anlieger von Straßen, deren technische Herstellung vor mehr als 25 Jahren begonnen wurde, von der **Erhebung der Straßenerschließungsbeiträge (Strebs)** befreit werden. Um das rasch zu ermöglichen, haben wir die Staatsregierung am Donnerstag in der Sitzung des Landtags mit einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass mit Wirkung zum 1. Januar 2018 die entsprechende Vorschrift des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in Kraft gesetzt wird. Für damit verbundene Beitragsausfälle sollen die Kommunen in vollem Umfang entschädigt werden. Es ist nicht vermittelbar, dass hunderttausende Straßenanlieger fürchten müssen, für die Zahlung der sogenannten Ersterschließung von

Straßen herangezogen zu werden, die bereits vor mehreren Jahrzehnten gebaut wurden – nur weil diese offiziell noch nicht fertiggestellt sind. Diese Regelung muss weg. Sie würde in den nächsten Jahren jede Menge politischen und juristischen Ärger verursachen, weil Gemeinden nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge dazu angehalten sein werden, die wegbrechenden Einnahmemöglichkeiten über die Strebs wettzumachen. Problem ist die derzeitige Regelung im Kommunalabgabengesetz: Demnach können keine Erschließungsbeiträge mehr erhoben werden, sofern seit dem Beginn der erstmaligen technischen Herstellung einer Straße mindestens 25 Jahre vergangen sind. Diese Regelung tritt jedoch erst am 1. April 2021 in Kraft. Das wollen wir vorverlegen auf den 1. Januar 2018. Um in der Zwischenzeit Rechtssicherheit herzustellen, soll die Staatsregierung den Kommunen umgehend Vollzugshinweise geben, wonach bis zum 1. April 2021 nur Straßen in einem besonders schlechten Zustand saniert werden müssen.

**Keine dritte Startbahn am Flughafen München:** Von einem „Aufwind“ am Münchner Flughafen kann – entgegen der Behauptung seines Betreibers – keine Rede sein. Denn bei der Zahl der Starts und Landungen dümpelt der Airport weiter vor sich hin – 200.000 wurden im ersten Halbjahr gezählt. Eine dritte Startbahn lässt sich mit solchen Zahlen nicht begründen. Deshalb haben wir FREIEN WÄHLER im Landtag wiederholt das Ende dieses sinnlosen Mammutprojektes gefordert. Ministerpräsident Söder will das Thema aus dem Landtagswahlkampf heraushalten, doch die CSU hält unbeirrt daran fest, den Flughafen auf eine Kapazität von rund 700.000 Flügen jährlich auszubauen. Die Folge wäre, dass sich Billig-Airlines auf diese zusätzlichen Kapazitäten stürzen. Wir brauchen jedoch nicht noch mehr Flüge nach Mallorca – für 4,99 Euro pro Ticket, wie sie etwa Ryanair momentan anbietet.

Die CSU versucht, ihrem ehemaligen Koalitionspartner FDP die **Schuld an der GBW-Privatisierung** in die Schuhe zu schieben. Bei der jüngsten Zeugenbefragung des GBW-Untersuchungsausschusses im Landtag behauptete Staatsminister Joachim Herrmann, ein möglicher Erwerb der GBW-Anteile durch den Freistaat sei für die FDP indiskutabel gewesen. Wir finden, dass es schwer mit der politischen Realität vereinbar ist, dass der ehemalige kleine Koalitionspartner nun die Verantwortung tragen soll. Die CSU hatte in der Regierungskoalition eine deutliche Mehrheit und hätte sich allein schon aufgrund der Stimmenverteilung niemals auf etwaige

Begehrlichkeiten des Koalitionspartners einlassen müssen. Hätte es einen ernsthaften Willen seitens der CSU gegeben, hätte sie einen Exklusivkauf durch den Freistaat durchsetzen können. Unbeantwortet bleibt auch die zentrale Frage, wie der damalige Dringlichkeitsantrag der Regierungsfraktionen zustande kam. Die Erinnerungslücken der beiden Hauptzeugen von CSU und FDP sind mehr als verwunderlich. Schließlich wurde der Antrag, mit dem ein Erwerb durch den Freistaat ausgeschlossen wurde, mit Mehrheit angenommen. Keiner der Akteure, die am damaligen CSU-FDP-Dringlichkeitsantrag beteiligt waren, kann oder will uns sagen, wer die Forderung gestellt hat, dass der Freistaat die 32.000 Wohnungen nicht erwerben darf. Hier will offenbar niemand politische Verantwortung übernehmen.

Nach Jahren völliger Untätigkeit und sinkender Budgets für die **Tourismusförderung in Bayern** ist die Staatsregierung nun anscheinend aufgewacht – im Herbst sind Wahlen. Eigentlich müsste die Aktuelle Stunde den Titel ‚Nach Jahren des Tiefschlafs – Staatsregierung entdeckt den Tourismus‘ tragen. Wichtig ist es jetzt, die Zuschüsse für private Tourismusunternehmen wieder auf den Stand von 2014 aufzustocken: Damals flossen 40 Millionen Euro in unsere touristischen Betriebe. Zudem forderten wir FREIEN WÄHLER im selben Jahr ein Konzept gegen das Wirtshaussterben im Freistaat. Die CSU hat zwar mittlerweile eingelenkt, doch das kam für viele Wirtshäuser zu spät: Zwischen 2006 und 2015 musste ein Viertel der Schankwirtschaften in Bayern schließen. Wir setzen uns deshalb für deutlich bessere Rahmenbedingungen beim Betrieb einer Gaststätte ein und fordern praxistaugliche Lösungen für die Mindestlohn-Dokumentationspflicht, ein Ende der unflexiblen Arbeitszeitregelung sowie einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf alle gastronomischen Leistungen. Das Wirtshaus als fester Bestandteil bayerischer Tradition muss geschützt werden: Stirbt es, stirbt auch der Ort.

Wir FREIE WÄHLER fordern eine gesetzlich verankerte Unterrichtsgarantie. Diese soll das Kultusministerium zur Sicherstellung der Lehrkräfte- und Unterrichtsversorgung verpflichten. So können gravierende Engpässe in Zukunft verhindert und gewährleistet werden, dass alle Schülerinnen und Schüler den Unterricht erhalten, der ihnen nach der jeweiligen Stundentafel zusteht. Die unprofessionelle Personalplanung des Kultusministeriums führt immer wieder zu Lehrermangel. Unsere Schülerinnen und Schüler haben jedoch einen Anspruch auf ausreichende Lernzeit, um sich optimal



entwickeln zu können. Mehr Verlässlichkeit der Unterrichtsversorgung ist außerdem wichtig, um Eltern Planungssicherheit hinsichtlich der Abstimmung von Arbeits- und Betreuungszeiten zu geben. Nur so kommen wir der oft geforderten besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie näher.

Eine **leistungsgerechte Finanzierung der Heilmittelerbringer** halten wir FREIE WÄHLER für ausgesprochen wichtig. Denn demografischer Wandel und medizinischer Fortschritt erhöhen den Bedarf an Fachkräften in allen Gesundheitsberufen. Dennoch müssen viele Schülerinnen und Schüler der Gesundheitsberufe Schulgeld für ihre Ausbildung an privaten Berufsfachschulen zahlen. Dies wirkt abschreckend, ist nicht mehr zeitgemäß und mindert die Attraktivität dieser Berufe. Deshalb haben wir FREIE WÄHLER einen Antrag auf Übernahme dieser Kosten gestellt, der von der CSU-Fraktion leider abgelehnt worden ist. Wir sehen hier den Freistaat klar in der Verantwortung: Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Bremen machen es uns vor. Das vorliegende Antragspaket der Regierungsfraktion wird die Situation der Heilmittelerbringer nicht wesentlich verbessern, zumal es meist aus Berichts- und Prüfanträgen besteht. Bei der Prüfung des Direktzugangs zu Physiotherapeuten muss insbesondere darauf geachtet werden, dass diese finanziell ohnehin nicht gut gestellte Berufsgruppe nicht auch noch mit möglichen Regress- oder Haftungsforderungen belastet wird.

Die **neue Grenzpolizei** ist das Ergebnis eines undurchdachten Aktionismus, der vor allem dem Ansehen der CSU dienen soll. Dazu passt, dass der Ministerpräsident bereits letzte Woche zum Festakt „Neugründung der Grenzpolizei“ in Passau geladen hat, obwohl das entsprechende Gesetz erst heute verabschiedet wird. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Parlamentarier und zeugt von einem erschreckend respektlosen Umgang mit der Kompetenz des Landtags. Bedenklich ist auch, dass sich nicht einmal die Führungsspitze der CSU über die Befugnisse der neuen Grenzpolizei einig ist: Während Seehofer verkündet, die Bayerische Grenzpolizei unterstehe der Aufsicht der Bundespolizei, will Söder „selbstständige Grenzkontrollen“. Statt endlich in den Ausbau der Schleierfahndung zu investieren, die dem Grenzschutz tatsächlich dienen würde, hat die CSU überflüssige und damit destabilisierende Parallelstrukturen zum Bund konstruiert. Die Polizei ist bereits mit vielen komplexen Aufgaben konfrontiert – es ist daher inakzeptabel, dass auf ihrem Rücken Wahlkampf betrieben wird.



Florian Streibl MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine schöne Sommerzeit!

---

### **Impressum**

Florian Streibl, MdL  
Othmar-Weis-Straße 5  
82487 Oberammergau  
Tel: 08822/935282  
Fax: 08822/935287

E-Mail: [info@florian-streibl.de](mailto:info@florian-streibl.de) Homepage: [www.florian-streibl.de](http://www.florian-streibl.de)